

Zürich, 21. August 2007

Positionspapier Beitritt der Schweiz zum RAPEX-System

Der Bundesrat hat am 30. Mai 2007 die Motion Ory (Sicherheit von Produkten und Dienstleistungen. Interne Gesetzgebung und Beitritt der Schweiz zu RAPEX) abgelehnt. Er bemängelt die Ausweitung der Regelungen zur Produktesicherheit auf Dienstleistungen, welche über die Regelungen der EU-Richtlinie 2001/95/EC hinausgeht. Ausserdem lehnt er die geforderten Änderungen in den Vollzugsstrukturen ab. Gemäss dem Bundesrat soll zur Erreichung eines zur EU gleichwertigen Schutzniveaus in der Schweiz das revidierte STEG zu einem Produktesicherheitsgesetz umgewandelt werden. Damit sollen die Unterschiede zur oben genannten EU-Richtlinie beseitigt und die Voraussetzung für eine Teilnahme der Schweiz an RAPEX als gleichwertiger Partner geschaffen werden.

Die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS), in der mit Coop, Denner, Manor, Migros, Valora AG und Charles Vögele AG ein Grossteil des Schweizer Detailhandels vertreten ist, hat sich in der Vernehmlassung deutlich für das Produktesicherheitsgesetz in Ergänzung zum Produkthaftrecht ausgesprochen und erwartet nun, dass die Anpassung der Schweizer Gesetzgebung an das Schutzniveau in der EU rasch vorangetrieben wird. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass die entsprechende EU Richtlinie vollständig übernommen wird. Ein besonderes Anliegen ist uns, dass analog der entsprechenden EU-Richtlinie der Hersteller bzw. der Importeur die Verantwortung für die Produktsicherheit hat und nicht – wie im Entwurf vorgesehen – der Inverkehrbringer.

Die IG DHS befürwortet mit Nachdruck einen schnellen und vollständigen Beitritt zu RAPEX. Mit der ICSMS Plattform (Internet-supported information and communication System for the pan-european Market Surveillance of Technical Products) ist ein erster wichtiger Schritt getan, der aber noch nicht genügt. Die Mitglieder des IG DHS setzen sich seit Jahren für den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten ein. Mit der Teilnahme der Schweiz an RAPEX kann ein schneller Informationsfluss über gefährliche Produkte zwischen der Europäischen Union und der Schweiz gewährleistet werden mit dem Ziel, den Verkauf von solchen Produkten einzuschränken oder ganz zu vermeiden.

Die IG DHS setzt sich politisch für den Abbau von Handelshemmnissen ein und bekämpft die Hochpreisinsel Schweiz. Es ist für die Mitglieder der IG DHS aber klar, dass der Schutz und das Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten dabei im Vordergrund stehen müssen. Marktöffnung v.a. gegenüber der EU ist nur möglich, wenn die Konsumenten im Inland ein mit der EU vergleichbares Schutzniveau geniessen. Das ist heute eindeutig nicht der Fall. Eine rasche Verabschiedung des Produktesicherheitsgesetzes durch das Parlament und der Beitritt der Schweiz zu RAPEX wären die heute geforderten Schritte. Dazu kommt die bereits mehrfach vorgebrachte Forderung nach einheitlichen Vollzugsstrukturen.